

Editorial

Wenn von politischer Kommunikation die Rede ist, weckt dies eine Vielzahl von Assoziationen. So gehört der Begriff im Bereich der Interessensvertretung zum Standardrepertoire und beschreibt Instrumente und Mechanismen, mit denen Informationen und Erwartungen an politische Entscheidungsträger herangetragen werden. Das vorliegende Heft widmet sich hingegen einer anderen Komponente und betrachtet, wie die Politik selbst kommuniziert. Erst kürzlich hat Bundespräsident Gauck darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung ihr Handeln in der Euro-Krise besser erklären müsse. Nicht die Beschlüsse selbst wurden also kritisiert, sondern die Art und Weise, wie sie der Bevölkerung vermittelt wurden.

Die Euro-Krise ist ein sehr anschauliches Beispiel dafür, dass politisches Handeln einer Vielzahl von Einflüssen und Restriktionen unterliegt. Diese bewegen sich auf verschiedenen Ebenen und betreffen in der Politik oftmals Gruppen von Akteuren, etwa Parteien oder Regierungen. Allerdings bewegen sich auch Politiker als Individuen in unterschiedlichen Kontexten, mit denen sie in angemessener Weise umgehen müssen. Dies führte in den letzten Jahren nicht zuletzt zu einem Boom einer Politikberatung, die Coachings, Kommunikations- und Medientrainings und vieles mehr anbietet. Oftmals wird in diesem Zusammenhang von einer auf den politischen Prozess bezogenen Beratung („political consulting“) gesprochen, welche der inhaltlichen Beratung („policy advice“) entgegenstehe.

Dieser Trennung setzen die wissenschaftlichen Aufsätze im vorliegenden Heft Beispiele entgegen, in denen kommunikatives Handeln von Politikern in direkter Verbindung zu ihren inhaltlichen bzw. moralischen Dispositionen steht. Die Zugänge sind dabei sehr verschieden und betrachten die bewusste Kommunikation ebenso wie das, was man aus ihrer Beobachtung interpretieren kann. So zeigen *Kamil Marcinkiewicz* und *Markus Tepe*, dass schon in scheinbar standardisierten Texten wie den Abgeordnetenbiografien im Kürschners Volkshandbuch auf den zweiten Blick große Unterschiede deutlich werden: Die Abgeordneten erwähnen beispielsweise öffentliche Ämter oder Parteitätigkeiten, um sich entsprechend zu positionieren. *Axel Bohmeyer* wiederum argumentiert in einer philosophisch-systemtheoretisch angelegten Studie, dass Politiker zwar in ihrer Kommunikation zu moralischen und ethischen Kategorien neigen, hier jedoch nicht vor-

fallen sicher sind, in welche sie sich selbst hineinmanövrieren können. Daraus leitet er einen Bedarf an ethischer Politikberatung ab. *Jana Heinze* und *Helmut Schneider* widmen sich im Anschluss der Regierungskommunikation. Anhand einer Sprecherbefragung auf Bundesebene zeigen sie auf, dass es gerade mit dem verstärkten Aufkommen dialogorientierter Kommunikationsinstrumente Potenzial gibt, die Nähe zu sowie die Interaktion mit den Bürgerinnen und Bürgern zu verbessern.

Das Gelingen von Kommunikation steht auch im Zentrum der beiden Praxisberichte. *Ralf Grötter* stellt eine Methode vor, mit welcher das Fachwissen von Experten in einen Beratungsdiskurs eingebunden werden kann, der zu komplexen, aber handhabbaren Ergebnissen führt. *Matina Richwien*, *Andrea Versteyl* und *Henning Banthien* zeigen, welche Rolle informelle Beteiligung von Bürgern in Beratungsprozessen spielen kann. Am Beispiel großer Infrastrukturprojekte verdeutlichen sie, dass eine Kombination aus formellen und informellen Verfahren sowohl mehr Unterstützung in der Öffentlichkeit als auch mehr Rechtssicherheit für die involvierten Akteure bringen kann.

Einschätzungen zu aktuellen kommunikativen Herausforderungen und den Möglichkeiten, ihnen zu entgegnen, geben die Beiträge in der Rubrik Forum. *Cornelia Quennet-Thielen* verdeutlicht die Bereitschaft der Bundesregierung, sich mit der Bevölkerung auszutauschen, und illustriert dies am Bürgerdialog Zukunftstechnologien des BMBF. Sie betont, dass durch solche Formate nicht nur die Qualität der erzielten Ergebnisse, sondern auch die der politischen Prozesse selbst steigt. *René Geißler* wiederum weist darauf hin, dass es bei allem Willen zur Kommunikation Themen gibt, die Regierungen als unattraktiv erscheinen. Am Beispiel der Haushaltskrise macht er fest, dass aber gerade die Vermittlung unbequemer Wahrheiten nötig ist, und zeigt auf, wie entsprechende Kommunikationshemmnisse abgebaut werden könnten.

Den Abschluss des Heftes bilden wie immer die Corners, diesmal mit einem kritischen Blick auf die Rezeption von Umfrageergebnissen im Vorfeld von Wahlen und einem Feature zum Potenzial der „postcolonial studies“. Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre.